



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Sudan – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Anhaltende Proteste und Gewalt gegen Demonstrierende / Rücktritt des Premierministers

Die Proteste und Demonstrationen gegen den Militärputsch und das Abkommen zur Wiedereinsetzung von Premierminister Abdalla Hamdok setzten sich auch über den Jahreswechsel hin fort. Die Sicherheitskräfte gingen dabei wiederholt mit teils massiver Gewalt gegen die protestierenden Menschen vor, wobei am 30.12.21 bei Demonstrationen fünf Menschen ums Leben gekommen und 297 Menschen – darunter auch Sicherheitskräfte – verletzt wurden. Die jüngsten Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften vom 02.01.22 forderten Medienberichten zufolge mindestens zwei Todesopfer. An diesem Tag kam es sowohl in der Hauptstadt Karthum, als auch in Omdurman, Port Sudan und Njala zu Demonstrationen. In allen genannten Orten seien tausende Menschen an den Demonstrationen beteiligt gewesen, trotz erhöhter Sicherheitsmaßnahmen und einer zeitweisen Blockade mobiler Internetdienste. Noch am späten Abend des 02.01.22 erklärte Premier Hamdok seinen Rücktritt im Staatsfernsehen. Da die politischen Kräfte im Land zerstritten und der Diskurs um einen Kompromiss für den politischen Übergang zwischen den militärischen und zivilen Kräften gescheitert seien, habe sich der Premier zu diesem Schritt entschlossen. Hamdok sehe das Land an einem gefährlichen Wendepunkt, der bereits überschritten sei. Er habe sein Versprechen, eine politische Katastrophe abzuwenden nicht halten können und ziehe nun die Konsequenzen.

Zudem berichteten mehrere Medien, sowie das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen darüber, dass 13 Anschuldigungen von Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen sowie Berichte über sexuelle Belästigung von Frauen durch Sicherheitskräfte während der Proteste am 19.12.21 (vgl. BN v. 20.12.21) vorliegen würden. Die UN forderte eine unabhängige Untersuchung dieser Vorwürfe, sowie eine Untersuchung der Verletzung und Tötung von Demonstrierenden infolge des Einsatzes von Gewalt durch Sicherheitskräfte.

10. Januar 2022

Anhaltende Proteste

Nachdem der ehemalige Premierminister Abdallah Hamdok am 02.01.22 seinen Rücktritt erklärte (vgl. BN v. 03.01.22) gab der Vorsitzende des Souveränitätsrates, General Al-Burhan, am 04.01.22 an, dass für alle politischen Kräfte die Türen offen stünden, um in einen Dialog über die Beendigung der anhaltenden politischen Krise zu treten. Dennoch wurden die Proteste gegen das Militär, gegen den Putsch von Oktober 2021 und für eine rein zivile Regierung am 06.01.22 fortgesetzt. Im Zuge dieser erneuten Demonstration in der Hauptstadt Karthum wurden, nach Angaben der Sicherheitskräfte, zwei Protestierende getötet und 54 Angehörige der eingesetzten Sicherheitsorgane verletzt. Weiterhin sei es zu 60 Festnahmen wegen Gewalt gegen Sicherheitskräfte gekommen. Wie schon bei vorherigen Demonstrationen wurden im Vorfeld Kommunikations- und Internetdienste blockiert, sowie Hauptverkehrsstraßen gesperrt und militärische Einheiten zum Schutz des Hauptquartiers der Armee und des Präsidentenpalastes eingesetzt. Schon am 09.01.22 kam es zu weiteren Demonstrationen in Karthum, in deren

Zuge ein junger Mann getötet wurde. Weitere Demonstrationen fanden in der Schwesterstadt Karthums, Omdurman, und in Wad Madani im Süden des Landes statt. Während nach Angaben der behandelnden Ärzte am 09.01.22 ein jugendlicher Demonstrant an den Folgen einer Schussverletzung verstarb, die er bei der Demonstration vom 06.01.22 erlitten habe, stritten die Sicherheitskräfte wiederholt ab, scharfe Munition zu verwenden. An den jüngsten Demonstrationen nahmen auch Ärzte in weißen Kitteln teil, um gegen die Überfälle von Sicherheitskräften auf Krankenhäuser zu demonstrieren. Das Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte gab zudem an, ein Memorandum an die UN zu schicken, worin alle Überfälle auf Krankenhäuser gelistet seien.

Indes lehnte mit der Sudanese Professionals Association (SPA) eine federführende Organisation der aktuellen Protestbewegung die von den UN für den 10.01.22 geplanten Gespräche ab. Die SPA gab an, dass sie keine Verhandlungen oder Kompromisse mit dem Militär eingehen werde. Weiterhin lehne sie eine Beteiligung des Militärs an der Regierung strikt ab. Die Forces of Freedom and Change (FFC) – ein weiterer maßgeblicher Akteur der Proteste – gaben dagegen an, keine Details über die geplanten UN-Gespräche erhalten zu haben.

17. Januar 2022

Anhaltende Proteste

Am 13.01.22 kam es erneut zu landesweiten Demonstrationen gegen die Machtübernahme durch das Militär. Medienberichten zufolge sei es zum Einsatz scharfer Munition und Tränengas gekommen. Dabei wurden in Karthum ein hochrangiger Polizist und ein Demonstrant getötet. Die Polizei gab bekannt, dass der Polizist in Ausführung seines Auftrages, die Demonstration abzusichern, von Demonstrierenden niedergestochen worden sei. Mit der Protestbewegung verbundene Mediziner gaben weiterhin an, dass ein Demonstrant durch den Einsatz scharfer Munition von den Sicherheitskräften getötet worden sei. Weiterhin hätten mindestens sechs Personen Schussverletzungen erlitten.

Einsatz gegen Medienschaffende

Medienberichten zufolge wurde am 13.01.22 das Büro des Fernsehsenders Alaraby Television von Sicherheitskräften gestürmt. Dabei kam es zur Festnahme von vier Mitarbeitern des Senders, darunter ein Reporter und der Büroleiter. Der in London beheimatete Sender verurteilte das Vorgehen und forderte die umgehende Freilassung der inhaftierten Mitarbeiter. Auch die International Federation of Journalists (IFJ) und die in Großbritannien und Irland beheimatete National Union of Journalists (NUJ) forderten deren umgehende Freilassung und kritisierten das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Journalistinnen und Journalisten seit dem Putsch am 25.10.21.

Am 15.01.22 ging die vom Militär geführte Übergangsregierung erneut gegen die internationale Berichterstattung vor und entzog dem Sender Al Jazeera Live die Lizenz zur Arbeit im Sudan. Das Ministerium für Information und Kultur lies auch das Büro des Senders in Karthum schließen und entzog dem dortigen Korrespondenten die Arbeitserlaubnis. Al Jazeera Live ist Teil des Al Jazeera News Network und berichtete seit dem Putsch am 25.10.21 von den weiteren Entwicklungen und Protesten. Sudanesisch Journalistinnen und Journalisten im In- und Ausland kritisierten bereits seit Längerem das Vorgehen des Militärs gegen die Medien und eine freie Pressearbeit. Am 16.01.22 kritisierte das Sudanese Journalists Forum in einer Pressemitteilung das Vorgehen eingesetzter Sicherheitskräfte gegen Journalistinnen und Journalisten im Rahmen von Demonstrationen. Demnach seien Journalistinnen und Journalisten während der Berichterstattung über die Proteste von Sicherheitskräften teils gewaltsam angegriffen, an der Arbeit gehindert oder festgenommen und inhaftiert worden.

Angriffe auf medizinische Einrichtungen

Am 12.01.22 gab die WHO in einem Statement an, dass es Berichte über 15 Angriffe auf medizinische Einrichtungen und medizinisches Personal seit November 2021 gebe. Schon zuvor kündigte das Zentralkomitee sudanesischer Ärzte an, ein entsprechendes Memorandum an die UN zu senden (vgl. BN v. 10.01.22). In den meisten Fällen handele es sich der WHO nach um körperliche Übergriffe, die Behinderung des medizinischen Personals an der Arbeit, sowie um gewaltsame Durchsuchungen und damit einhergehende Drohungen und Einschüchterung. In mindestens zwei Fällen sei es zudem zu einem Überfall und einer Plünderung durch Angehörige des Militärs gekommen. Weiterhin würden medizinisches Personal und Patientinnen und Patienten, die sich im Falle eines Übergriffs in Sicherheit bringen wollen, abgefangen. Aufgrund dieser Vorfälle hätten bereits einige Notdienste in 16 medizinischen Einrichtungen eingestellt werden müssen. Patientinnen und Patienten sowie medizinisches

Personal würden aufgrund der mangelnden Sicherheit aus Krankenhäusern und anderen Einrichtungen fliehen, auch wenn die medizinische Behandlung noch nicht abgeschlossen ist.

24. Januar 2022

Anhaltende Proteste

Platzhalter für Standardtext, linksbündig, Silbentrennung: keine.

Am 17.01.22 kam es zu erneuten Demonstrationen, u.a. in der Hauptstadt Karthum, in Omdurman und in Wad Madani im Süden des Landes. Medienberichten zufolge setzten die Sicherheitskräfte Tränengas, scharfe Munition sowie Wasserwerfer und Blendgranaten ein. Dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge seien sieben Demonstrierende durch Schüsse der Sicherheitskräfte tödlich verletzt worden. Das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) verurteilte den Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende und rief dazu auf, die Verantwortlichen juristisch zu belangen. Mehr als ein Viertel der verletzten Personen sei durch den gezielten Beschuss mit Tränengaskartuschen verletzt worden, was gegen internationale Einsatzstandards verstößt. Aufgrund des massiven Einsatzes von Gewalt und scharfer Munition rief die Gruppierung Forces for Freedom and Change (FFC) ab dem 18.01.22 für zwei Tage zu zivilem Ungehorsam und zum Gedenken der getöteten Demonstrierenden auf. Dem Aufruf folgend blieben viele Geschäfte geschlossen. Zudem errichteten Demonstrierende Straßenblockaden, die teilweise auch in Brand gesetzt wurden. Sicherheitskräfte reagierten erneut mit dem Einsatz von Tränengas.

Am 19.01.22 trafen der US-Gesandte für das Horn von Afrika und die stellvertretende US-Außenministerin für Afrika zu Gesprächen in der Hauptstadt ein. Dabei stellten die USA klar, dass sie die aktuell noch eingefrorenen Hilfszahlungen an den Sudan weiter zurückhalten werden, bis die Gewalt gegen Demonstrierende beendet und eine zivil geführte Übergangsregierung implementiert ist. Bei Demonstrationen am gleichen Tag wurde erneut eine demonstrierende Person durch den Einsatz scharfer Munition in Omdurman getötet. Seit dem Putsch am 25.10.21 sind damit 72 Personen während den Demonstrationen ums Leben gekommen und mehr als 2.000 verletzt worden. Nach Kenntnissen von UNICEF sind bisher neun Kinder während den Demonstrationen getötet und 13 verletzt worden. Insgesamt überprüfte UNICEF derzeit mehr als 120 schwere Verstöße gegen Kinder. Am 21.01.22 legten mehr als 50 sudanesischer Richter eine gemeinsame Erklärung vor, in der sie das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte verurteilten, eine juristische Aufarbeitung der Vorfälle forderten und eine Beteiligung des Militärs an der Regierung ablehnten. Die Urheber der Gewalttaten sollen sich demnach vor Gericht verantworten müssen. Am gleichen Tag fanden in Karthum Demonstrationen zum Gedenken der bisherigen Opfer 13 der Repressionen statt. Dafür versammelten sich die Demonstrierenden vor den Häusern der verstorbenen Personen.

31. Januar 2022

Anhaltende Demonstrationen

Sowohl am 24.01., 27.01. als auch am 30.01.22 kam es u.a. in Karthum, Omdurman, Wad Madani und anderen Städten des Landes zu erneuten Demonstrationen. Die Demonstrierenden forderten dabei wiederholt eine zivile Regierung sowie die Aufarbeitung der Tode der bisher bei Demonstrationen ums Leben gekommenen Menschen. Dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge seien bei den Demonstrationen am 24.01.22 in Karthum zwei Personen und in Wad Madani eine Person durch den Einsatz scharfer Munition getötet worden. Zudem seien erneut Wasserwerfer, Tränengas und Blendgranaten eingesetzt worden.

Auch am 30.01.22 verstarb eine Person an einer während der Demonstration erlittenen Wunde. Die Ursache der Verwundung war bis zum 31.01.22 noch nicht geklärt. Die Demonstrationen am 30.01.22 fanden trotz eines Demonstrationsverbots statt und richteten sich in Karthum auch gegen den Präsidentenpalast. Die Demonstrierenden wurden durch den massiven Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen jedoch daran gehindert, weiter in das Stadtzentrum und in Richtung des Palastes zu ziehen. Dabei wurden einige Personen verletzt.

Weiterhin kam es vermehrt zu Verhaftungen von Aktivistinnen und Aktivisten durch die Sicherheitskräfte. So sollen am Abend vor den geplanten Demonstrationen am 24.01.22 mehrere Razzien durchgeführt und dabei zahlreiche Personen verhaftet worden sein. Zudem wurde in der Nacht vom 22.01. auf den 23.01.22 die Frauenrechtsaktivistin Amira Othman bei einer Razzia in ihrem Haus verhaftet. Ihre Verhaftung führte national wie international zu Kritik. Auch ein Team der NGO Ärzte ohne Grenzen wurde im Rahmen der Demonstration am 24.01.22 von

Sicherheitskräften festgenommen, als es ein Krankenhaus verließ in dem Demonstrierende behandelt wurden. Die Mitglieder des Teams wurden u.a. über die Aktivitäten ihrer NGO verhört und erst am nächsten Morgen von der Polizei wieder frei gelassen. Eine offizielle Begründung zur Festnahme und dem Verhör habe die NGO von den Behörden noch nicht erhalten.

Nachdem bei Demonstrationen am 13.01.22 (vgl. BN v. 17.01.22) ein Polizist von Demonstrierenden erstochen worden sein soll, haben Polizeikräfte bereits am 14.01.22 mehrere Verdächtige festgenommen und inhaftiert. Inzwischen wurden bis auf zwei Personen alle Verdächtigen wieder frei gelassen. Die Anwälte der beiden Beschuldigten gaben an, dass ihre Mandanten in der Haft mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert worden seien. Angehörige seien nicht zu ihnen vorgelassen und über die genauen Anschuldigungen informiert worden. Zudem seien die Beschuldigten zwar zur Organisationsweise der Demonstrationen und zu den Mitgliedern der aktiven Widerstandskomitees befragt worden, aber nicht bezüglich des ermordeten Polizisten. Der Tathergang und die offiziellen Darstellungen der Polizei dazu werden insgesamt angezweifelt. So gebe es Berichte darüber, dass der Polizist bereits ermordet wurde, ehe die Demonstrationen am 13.01.22 begannen.

Sicherheitslage in Darfur und Süd-Kordofan

Nach UN-Angaben kam es im Verlauf der vergangenen Woche in der Region um die westsudanesische Stadt El Geneina zu erneuten interkommunalen Kämpfen. Dadurch seien mehr als 15.000 Menschen vertrieben worden, wobei 4.500 davon die Grenze in den Tschad überschritten. Kämpfe und gewaltsame Auseinandersetzung würden sich den UN zufolge wieder häufen. Als Ursache für die Gewalt gilt ein Streit zwischen zwei Angehörigen der Masalit und nicht näher benannten arabischen Nomaden. Aufgrund dessen hätten bewaffnete Personen der Nomaden ein Dorf angegriffen, mehrere Häuser in Brand gesetzt und neun Personen getötet. Die Kämpfe weiteten sich in der Folge auf weitere Dörfer in der Umgebung aus. Um die Gewalt einzudämmen seien gemeinsame Streitkräfte der Regierung in die Region geschickt worden.

Weiterhin kam es in der vergangenen Woche in der Region Zentral Dafur, rund um die Stadt Bindisi, zu mehreren Überfällen auf Reisende und Tanklaster. Berichten zufolge trugen die Täter in mehreren Fällen militärische 15 Uniformen. Am 25.01.22 wurden zwei junge Mädchen nördlich von Bindisi von vier bewaffneten Männern überfallen und vergewaltigt. Ein Arzt stand zur Behandlung der Kinder nicht zu Verfügung und die Polizei führte keine Ermittlungen durch, nachdem der Fall gemeldet wurde. In der Region Süd-Kordofan, vor allem im Gebiet um die Stadt Dalami, kam es im Januar 2022 vermehrt zu Angriffen auf Landwirte. Dabei wurden viele der Menschen während der Arbeit verletzt oder getötet. Berichten zu folge, wurde die Polizei kaum aktiv und nahm keine Ermittlungen auf.

07. Februar 2022

Anhaltende Demonstrationen / Politische Lage

Seit neun Tagen blockieren Protestierende die im Norden befindliche Verbindungsstraße zwischen dem Sudan und Ägypten. Mehrere Barrikaden behindern die Durchfahrt von vor allem ägyptischen Fahrzeugen, die sudanesische Waren und Vieh nach Ägypten transportieren. Viele der protestierenden Menschen sehen im Export von Vieh und anderen Agrargütern Geschäfte des Militärs und ihm zugehöriger Unternehmen.

Am 04.02.22 gab die Sudanese Professionals Association (SPA), eine der Gruppierungen, die die aktuellen Proteste maßgeblich mit organisiert und die bereits bei den Protesten gegen Al-Bashir eine wichtige Rolle spielte, bekannt, dass sie sich einer Gesprächseinladung des UN-Sondergesandten für den Sudan verweigern werde. Geplant waren in diesem Rahmen auch Gespräche mit Vertretern des Militärs, die von der UN-Mission UNITAMS moderiert werden sollten. Die SPA erklärte, dass es die Mission UNITAMS versäumt habe, sich klar gegen den Militärputsch zu positionieren. Weiterhin hätte UNITAMS mit ihren Handlungen die Akteure des Putsches quasi akzeptiert. Während eines Treffens am 02.02.22 in El-Fashir, Nord-Dafur, äußerte sich General Al-Burhan erstmals seit dem Putsch im Oktober 2021 zu einer möglichen Übergabe der Macht an eine zivile Regierung. Er sehe dafür zwei Möglichkeiten. Entweder gehe die Macht durch Wahlen über, oder durch eine nationale Charta. Al-Burhan ergänzte dazu, nur wenn die gesamte Bevölkerung es fordere, würde die Macht durch Wahlen oder ein nationales Abkommen übertragen werden. Bezüglich des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen Protestierende gab Al-Burhan an, dass die Sicherheitskräfte die Pflicht und die Verantwortung hätten, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Land zu schützen.

Dem Treffen wohnten außer Al-Burhan noch weitere Angehörige der aktuellen Regierung bei, um über die Umsetzung von Sicherheitsvorkehrungen und einer Zusammenstellung gemeinsamer Kräfte in Darfur zu beraten. Bei Protesten gegen dieses Treffen wurden dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge fünf Demonstrierende verletzt. Demnach seien die Sicherheitskräfte mit Metallketten, Tränengas und Stockhieben gegen die Demonstrierenden vorgegangen. Einige seien auch mit den Gewehrkolben geschlagen worden. Das Zentralkomitee kritisierte den erneuten gezielten Einsatz von Tränengas, welches direkt auf die demonstrierenden Personen abgefeuert worden sei. Zudem sei es zu mehreren Verhaftungen gekommen.

Willkürliche Verhaftungen

Berichten zufolge kommt es nach wie vor zu zahlreichen willkürlichen Verhaftungen durch Sicherheitskräfte. Am 01.02.22 protestierten Mitglieder verschiedener Anwaltsvereinigungen vor dem Büro des Staatsanwalts gegen dieses Vorgehen und forderten die Freilassung politischer Häftlinge. Vor allem Mitglieder und Sympathisanten der sogenannten Widerstandskomitees, welche die Proteste gegen die vom Militär geführte Regierung organisieren, stehen im Fokus der Behörden. Aktuell sind die Widerstandskomitees v.a. räumlich stark aufgeteilt, wobei schon fast jedes Wohnviertel ein eigenes Komitee hervorgebracht hat. Um eine bessere Organisation und eine festere Basis zu erlangen, wurde die Ausarbeitung einer umfassenden und gemeinsamen Charta für alle Widerstandskomitees angekündigt.

Kämpfe in Darfur

Am 05.02.22 überfiel eine bewaffnete Gruppierung einen ehemaligen Standort der hybriden UN-Mission UNAMID, um noch dort befindliche Güter zu stehlen. Dabei kam es zu Kämpfen zwischen den Angreifern und den von der Regierung und anderen alliierten Gruppen nach Darfur entsandten gemeinsamen Streitkräften. Die angreifende bewaffnete Gruppierung spaltete sich erst vor kurzem von den gemeinsamen Streitkräften der Regierung ab. Die Region Darfur erlebte in den vergangenen Tagen und Wochen immer wieder Angriffe und Überfälle auf Lagerhäuser des Welternährungsprogramms und Basen der ehemaligen UNAMID-Mission. Die Einstellung der UNAMID-Aktivitäten sowie ein Abkommen zwischen der Regierung und mehreren Rebellen Gruppen führten in den letzten Monaten verstärkt zu Machtkämpfen in der Region. Begünstigt wird diese Entwicklung durch den nur sehr langsam fortschreitenden Ersatz der abgezogenen UNAMID-Friedenstruppen durch die gemeinsamen Streitkräfte.

14. Februar 2022

Anhaltende Demonstrationen / Krankenhäuser im Fokus

Am 07.02.22 kam es in zahlreichen Städten des Landes, darunter auch in der Hauptstadt, zu erneuten Demonstrationen gegen den Putsch des Militärs und für eine rein zivile Regierung. Die in Karthum „Marsch der Millionen“ genannten und regelmäßig stattfindenden Demonstrationen hatten den Palast der Republik als Ziel. Die Demonstrierenden äußerten in Sprechchören auch ihre Unterstützung für die Blockade der nördlichen Verbindungsstraße nach Ägypten (vgl. BN v. 07.02.22). Berichten zufolge sperrte das Militär im Zuge der Demonstrationen eine Verbindungsbrücke zwischen dem Stadtkern Karthums und den nördlichen Stadtteilen mit Schiffscontainern und Stacheldraht. Damit sollte die Teilnahme an der Demonstration in der Stadt verhindert werden, da zuvor durch das Staatssicherheitskomitee ein Versammlungsverbot für das Stadtzentrum ausgesprochen worden war. Weiteren Berichten zufolge wurden bei Demonstrationen in der Stadt Omdurman vier Demonstrierende durch scharfe Munition verletzt. Zudem seien Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt worden. Insgesamt seien nach Angaben des Zentralkomitees Sudanesischer Ärzte 63 Personen verletzt und behandelt worden. Am 10.02.22 kam es zu weiteren Demonstrationen gegen den Militärputsch.

Die Sicherheitskräfte der Regierung gehen seit dem Putsch am 25.10.21 immer wieder auch gegen Krankenhäuser und deren Personal vor. Am 07.02.22 versuchten die Sicherheitskräfte in Omdurman mehrmals auf das Gelände eines Krankenhauses vorzudringen, in dem verletzte Demonstrierende behandelt wurden. Sie hinderten dabei mehrere verletzte Personen am Betreten des Krankenhauses. Bei einer ähnlichen, früheren, Aktion der Streitkräfte verstarb eine verwundete Person, da ihre Behandlung durch die Blockade zu spät erfolgte.

Nachdem am 08.02.22 Sicherheitskräfte das Krankenhaus von El-Fasher, sowie das dort tätige Personal, angriffen, trat das komplette Krankenhaus aus Protest in einen Streik. Die Beschäftigten forderten von der Regierung Schutz vor den Angriffen durch die Sicherheitskräfte.

Behinderung des freien Journalismus

Am 07.02.22 teilte die Rundfunkanstalt BBC über Twitter mit, dass drei Reporter der BBC Arabic von Sicherheitskräften festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht worden seien. Das betroffene Team war vom sudanesischen Ministerium für Information akkreditiert und berichtete aus Karthum. Die BBC sei in diesem Fall in einem engen Austausch mit den sudanesischen Behörden und bemühe sich um eine schnelle Freilassung ihrer Mitarbeiter. Es kam seit dem Putsch am 25.10.21 immer wieder zu repressiven Maßnahmen gegen Medien und Nachrichtenagenturen, sowie deren Personal. Die Maßnahmen reichen von direkten Angriffen der Sicherheitskräfte gegen Journalistinnen und Journalisten, über Festnahmen bis hin zur Stürmung, Schließung der Büros und Beschlagnahmung von Ausrüstungsgegenständen (vgl. BN v. 17.01.22).

Verhaftung politischer Gegner

Medien berichteten in der vergangenen Woche über die Festnahmen von Vertretern der oppositionellen Partei Forces of Freedom and Change (FFC) sowie von Mitgliedern der Widerstandskomitees. Bereits im direkten Nachgang des Putsches im Oktober 2021 wurden zivile Politiker bzw. politisch aktive Personen, auch von der FFC, inhaftiert und erst aufgrund internationalen Drucks wieder freigelassen. Als Begründung für die Verhaftungen wurde u.a. der Vorwurf der Korruption aufgeführt. Dabei wurde offiziell betont, dass die Verhaftungen nicht politisch motiviert seien. Berichten zufolge fehle bei manchen der inhaftierten Personen jedoch eine offizielle Anklage.

Dieses Vorgehen führte zu starker internationaler Kritik. Das Außenministerium wies diese jedoch zurück. Solche Äußerungen seien eine „eklatante Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten des Sudan. Medien berufen sich zudem auf Berichte aus den Reihen des Widerstands gegen den Militärputsch, wonach bisher mehr als 2.000 Personen inhaftiert wurden oder Opfer des „Verschwindenlassens“ geworden seien.

Sicherheitslage in Darfur

Die Sicherheitslage in der Region Darfur ist weiterhin sehr angespannt. Am 08.02.22 überfielen bewaffnete Personen das Dorf Gura Farjawiya in Nord Darfur. Die Angreifer nahmen den Bürgermeister gefangen und forderten die Herausgabe von Geld oder Vieh. Nachdem die Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes auf die Forderungen nicht eingingen, eskalierte die Lage. In der Folge wurden zwei Personen getötet und acht verletzt. Die Angreifer plünderten das Dorf und brannten einige Bauernhöfe nieder, ehe Kräfte der Regierung eintrafen. Am folgenden Tag kam es zu einem weiteren Angriff, auf ein anderes Dorf in der gleichen Region. Die Angreifer brannten den Marktplatz nieder. Über Opfer oder Verletzte ist nichts bekannt.

21. Februar 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 14.02.22 kam es erneut zu den regelmäßig montags stattfindenden Demonstrationen. Medien zufolge beteiligten sich u.a. in den Städten Karthum, Omdurman und Port Sudan tausende Menschen an den „Marsch der Millionen“ genannten Demonstrationen gegen die Militärregierung. Dem Zentralkomitee Sudanesischer Ärzte zufolge wurden dabei zwei Demonstranten von den Sicherheitskräften angeschossen, einer davon tödlich verletzt. Im Zuge von Demonstrationen gegen die Militärregierung sind mindestens 80 Menschen getötet worden. Sprecher der Sicherheitskräfte gaben erneut an, keine scharfe Munition gegen Demonstrierende zu nutzen. Zudem seien mindestens 102 Einsatzkräfte verletzt und der Eingang des Parlamentsgebäudes von den Demonstrierenden zerstört worden.

Die Demonstrierenden forderten die Freilassung der inhaftierten Aktivistinnen und Aktivisten. Einer den Demonstrierenden nahestehenden Gruppierung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten zufolge, sind in der vergangenen Woche mehr als 100 politische Gefangene festgenommen und ohne eine erhobene Anklage inhaftiert worden.

Am 20.02.22 kam es zu weiteren Demonstrationen gegen den Putsch des Militärs. Sie fanden zeitgleich mit dem Besuch eines Experten der UN für Menschenrechte statt. Demnach seien tausende Menschen in Khartum auf die Straße gegangen und seien zum Präsidentenpalast gezogen. Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein, um die Demonstration aufzulösen, wobei mehrere Demonstrierende verletzt worden seien.

Festnahmen

Die Militärregierung geht immer stärker gegen oppositionelle Politikerinnen und Politiker, sowie gegen Aktivistinnen und Aktivisten vor. Unter den zuletzt festgenommenen Personen waren zahlreiche Mitglieder des Souveränen Rates, sowie die Vorsitzenden, und auch deren Stellvertretenden, des Empowerment Removal Committee (ERC). Das ERC wurde von Abdallah Hamdok eingerichtet, um noch bestehende Privilegien des Al-Bashir-Regimes an seine Unterstützer zu beseitigen. Die Militärregierung suspendierte bereits zuvor das ERC und beendete damit dessen Arbeit. Von den zahlreichen Festnahmen sind auch Journalistinnen und Journalisten, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter humanitärer Organisationen betroffen.

Medien berichteten zudem, dass die fortlaufenden Festnahmen von Gegnern der Militärregierung durch die vermehrte Rehabilitierung ehemaliger Unterstützer des Al-Bashir-Regimes begleitet würden. Zuletzt wurde am 17.02.22 mit Taha Osman ein Mitglied des ERC und eine führende Figur der politischen Partei Forces of Freedom and Change (FFC) festgenommen.

Dieses Vorgehen der Militärregierung rief internationale Kritik hervor. Die sogenannte Troika (USA, Großbritannien, Norwegen), sowie Kanada, die Schweiz und die EU verurteilten in einer gemeinsamen Stellungnahme das Vorgehen der Militärregierung. Sie riefen zudem dazu auf, dass die Militärregierung ihre erklärte Verpflichtung, sich konstruktiv an einem moderierten Prozess zur Lösung der vorherrschenden Krise zu beteiligen, einhalte. Es wurde weiterhin dazu angeregt, den seit dem 25.10.21 gültigen Ausnahmezustand zu beenden.

28. Februar 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 27.02.22 demonstrierten in Khartum insbesondere ältere Menschen, u.a. Mütter und Väter sowie Angehörige der bisher bei Demonstrationen getöteten Menschen. Das Thema dieser Demonstration, „Wir sind alle mit euch“, soll die Unterstützung der hauptsächlich von jungen Menschen getragenen Protestbewegung ausdrücken. Der Demonstrationzug führte durch die Hauptstadt bis zu einem zentralen Versammlungsort, wobei u.a. der Sturz der Militärregierung und eine Rückkehr zum zivil geführten demokratischen Prozess gefordert wurden. An der Demonstration seien tausende von Menschen beteiligt gewesen, darunter mehr als 77 Berufs-, Bürger- und politische Gruppierungen.

Besuch des UN-Experten für Menschenrechte

Im Zuge des Besuchs des UN-Experten für Menschenrechte Adam Dieng vom 20.02. bis 24.02.22, wurden durch die Militärregierung ab dem 20.02.22 nach und nach 115 Aktivistinnen und Aktivisten aus der Haft entlassen. Sie waren zuvor während Demonstrationen oder Razzien festgenommen und ohne eine offizielle Anklage oder ein rechtliches Verfahren für teils mehrere Wochen inhaftiert worden. Dieng begrüßte am Ende seines Besuchs zwar die Freilassungen, führte aber weiter aus, dass dies nicht ausreichend sei. Er zeigte sich zudem besorgt über die weitreichenden Befugnisse der Sicherheitskräfte durch den weiter geltenden Ausnahmezustand und kritisierte Angriffe auf Krankenhäuser, Schikanen gegen Journalistinnen und Journalisten, sowie willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen von Aktivistinnen und Aktivisten. Dieng forderte zudem die Aufhebung des Ausnahmezustands und die Freilassung aller inhaftierten Aktivistinnen und Aktivisten. Die Freilassung der 115 Personen durch die Militärregierung war durch oppositionelle Anwaltsvereinigungen als Vertuschungsaktion kritisiert worden. Zudem bekräftigte der Menschenrechtsexperte die Forderung, den Einsatz von scharfer Munition und Tränengas gegen Demonstrierende zu stoppen.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Berichten aus verschiedenen Regionen des Landes zu Folge, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage seit dem Militärputsch zusehends. Beständig ansteigende Preise, insbesondere für den Grundbedarf an Lebensmitteln, bringen die Menschen in große Schwierigkeiten. Die bereits zuvor sehr schwierige wirtschaftliche Lage setzt sich fort und vergrößert die Gefahr einer landesweiten Hungersnot, die sich auch auf Ballungszentren wie Khartum ausweitet. Die weiterhin sehr hohe Inflation, sowie eine fehlende zentrale Kontrolle sorgen für unkontrollierte Preissteigerungen in allen Bereichen. Aufgrund nicht ausreichender Regenfälle werde in dieser Saison eine schlechte Ernte erwartet, was die wirtschaftliche Situation und die schlechte Ernährungssicherheit weiter verschärfen werde.

07. März 2022

Wirtschaft und Gesundheitswesen zunehmend unter Druck

Nach dem Putsch durch das Militär im Oktober 2021 geriet die Wirtschaft des Sudan weiter unter Druck (vgl. BN v. 28.02.22). Die Entscheidung der Militärführung, Preise und Gebühren zu erhöhen führten zu weiteren Unruhen und einem starken Anstieg der Inflation. Der Wechselkurs des sudanesischen Pfund erreichte neue Höchststände, vor allem auf dem Parallelmarkt. Ein sudanesischer Wirtschaftsexperte warnte vor diesem Hintergrund vor einer wirtschaftlichen „Sackgasse“, die in einer „dunkeln und düsteren“ wirtschaftlichen Situation enden werde, wenn man nicht einlenke.

Auch der Gesundheitssektor des Landes gerät immer weiter unter Druck. Obwohl das Gesundheitswesen schon immer angeschlagen war, berichteten Medien davon, dass der Sektor vor dem Zusammenbruch stehe. Seit dem Militärputsch seien zahlreiche Angestellte im Gesundheitswesen abgesetzt und durch Personen aus der Regierungszeit al-Bashirs ersetzt worden. Dies habe sowohl hochgestellte Posten, als auch niedrigere Ebenen betroffen und befördere die Korruption. Zudem bestehen Engpässe und Mangel an Medikamenten und Ausrüstung. Es komme vermehrt vor, dass Patienten selbst für Materialien wie z.B. Handschuhe oder Anästhetika für Operationen aufkommen müssten, da die Krankenhäuser notwendige Medikamente und Materialien nicht mehr ausreichend verfügbar hätten. Hinzu kommt, dass die Militärregierung am 19.02.22 die Gebühren für die Gesundheitsversorgung angehoben hat. Dadurch stiegen die Kosten für beispielsweise eine stationäre Aufnahme, Röntgenaufnahmen oder Malaria-Tests um 3.000 bis 5.000 %.

Zudem wurden die dringend benötigten finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft aus Protest gegen den Putsch eingefroren, was die Militärregierung als Begründung für die Anhebung der Gebühren aufführte.

14. März 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 06.03.22 kam es zu Mahnwachen an blockierten Straßen in mehreren Städten des Landes. Das Ziel waren einerseits Proteste gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte und Behörden gegen Demonstrierende, sowie andererseits das Bekunden der Solidarität mit den inhaftierten Aktivistinnen und Aktivisten. Auch am 07.03.22 kam es zu Protesten gegen den Putsch des Militärs.

Anlässlich des Internationalen Frauentages folgten am 08.03.22 u.a. auch in der Hauptstadt weitere Demonstrationen gegen den Militärputsch. Medienberichten zufolge nahmen insgesamt tausende Menschen an den Demonstrationen teil. Kräfte der Polizei und des Militärs gingen mit Tränengas, Gummigeschossen und scharfer Munition gegen die Demonstrierenden vor. Insgesamt wurden mindestens 54 Menschen verletzt. Am Abend des 08.03.22 sei zudem das Militärkrankenhaus in Khartum gestürmt worden, da es verletzte Personen behandelt habe, die zuvor an den Demonstrationen teilgenommen hatten. Einige der verletzten Personen seien schließlich auch verhaftet worden.

Berichten zufolge wurde mit dem bekannten Politiker Babiker Faisal ein weiteres Mitglied des inzwischen aufgelösten Empowerment Removal Comitee (ERC) festgenommen (vgl. BN v. 21.02.22). Faisal ist zudem Mitglied der oppositionellen Partei Forces of Freedom and Change (FFC). Die Festnahme erfolgte am 08.03.22 während einer Beerdigung.

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die wirtschaftliche Situation des Landes verschärft sich indes weiter (vgl. BN v. 07.03.22). Der neu aufgestellte Haushalt der Militärregierung plant zwar steigende Steuereinnahmen von bis zu 145 % ein, was allein aufgrund des großen informellen Sektors jedoch als nicht erreichbar angesehen wird. Zudem beschloss die Zentralbank das sudanesisches Pfund frei schwanken (floaten) zu lassen, also jegliche Kontrolle auszusetzen und den Wechselkurs nur noch nach Angebot und Nachfrage bestimmen zu lassen. Die Folge ist eine weitere Abwertung des sudanesischen Pfunds gegenüber dem US-Dollar und damit weiter steigende Preise. Die durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Engpässe in der Versorgung mit beispielsweise Weizen stellen die Versorgungslage im Sudan vor weitere Probleme. Landwirte wurden von der Militärregierung aufgerufen, die Produktion zu erhöhen und gleichzeitig niedrigere Preise zu akzeptieren.

Sicherheitslage in Darfur und Abyei

Am 08.03.22 traf der stellvertretende Vorsitzende des sudanesischen Souveränitätsrates mit einem Gesandten der Afrikanischen Union zusammen. Gegenstand des Treffens war die aktuelle Krise des Landes, vor allem auch die sich seit dem Militärputsch im Oktober 2021 wieder zunehmend verschärfende Sicherheitslage in Darfur. Seit dem Putsch seien bisher 250 Menschen durch Kämpfe zwischen zumeist nomadischen Hirten und fest siedelnden Bauern getötet worden. In einigen Fällen drehten sich die Kämpfe bewaffneter Gruppen aber auch um Einfluss, Kontrolle und Rohstoffe. Berichten zu Folge sind zuletzt bei Kämpfen am 05.03.22 und am 10.03.22 insgesamt 35 Menschen getötet worden. In beiden Fällen war die Region Jebel Moon in West-Darfur betroffen. Obwohl die Regierung mit den Unterzeichnern des Friedensabkommens vom Oktober 2020 einen gemeinsamen Einsatz zur Wiederherstellung des Friedens in Darfur vereinbart hat, wurde dieser Plan bisher noch nicht umgesetzt. Vorgesehen war eine gemeinsame Eingreiftruppe von 12.000 Soldaten. Bislang kam es nur zur gelegentlichen Entsendung einzelner Einheiten, die die Sicherheitslage nicht nachhaltig verbessern konnten. Die lokale Administration habe, Berichten zufolge, nicht die Mittel, den besser ausgerüsteten bewaffneten Gruppen in Darfur zu begegnen. Hilfesuche an die Regierung seien zumeist unbeachtet geblieben.

Seit Februar 2022 kommt es in der umstrittenen Region Abyei immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Misseriya- und Ngok-Dinka Nomaden. Zuletzt weitete sich die Gewalt auf mehrere Dörfer in der Region um das Dorf Agok aus und führte zu ca. 30 Todesopfern. Zumeist drehen sich die Konflikte um Land, den Zugang zu Wasser und um Weideflächen. Manche Experten sehen jedoch auch die noch immer ungelöste Frage des Status der Region als einen Grund für die wiederkehrende Gewalt. So vertreten die Ngok-Dinka Nomaden einen Anschluss an den Südsudan, die Misseriya-Nomaden einen Anschluss an den Sudan.

21. März 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 14.03., 15.03. und 16.03.22 demonstrierten erneut tausende Menschen in Khartum und anderen Städten des Landes gegen den Militärputsch. Insbesondere die landesweiten Demonstrationen am 16.03.22 standen zusätzlich im Zeichen der weiter ansteigenden Lebensmittelpreise. Die Demonstrationen am 14.03.22 richteten den Fokus dagegen auf im Rahmen ihrer Teilnahme an Demonstrationen festgenommene Personen. Zentrale Forderungen waren dabei die Freilassung der inhaftierten Personen und die Forderung nach einer gerichtlichen Aufarbeitung des Militärputsches und seiner Folgen. Verschiedenen Berichten zu Folge seien am 14.03.22 mindestens 133 Personen verletzt worden.

Auch am 15.03. und 16.03.22 gingen die Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende vor und setzten Tränengas sowie Wasserwerfer ein. An beiden Tagen kam es zu Verletzten. Am 15.03.22 gab ein Sprecher der Militärregierung zudem bekannt, dass Sicherheitskräfte versucht hätten, eine Passantin, die nicht an den Protesten beteiligt gewesen sei, zu vergewaltigen. Sie sei in einem Stadtbus unterwegs gewesen, der von Sicherheitskräften angehalten und mit Tränengas attackiert worden sei. Der Vorfall werde untersucht. Ein Bericht der UN vom Dezember 2021 gab an, dass es nach einem Sitzstreik am 19.12.21 13 Anschuldigungen wegen Vergewaltigung und Gruppenvergewaltigung gegeben habe. Der jüngste Vorfall vom 15.03.22 sorgte erneut für Bestürzung und führte zu spontanen Demonstrationsaufrufen in den Städten Khartum, Bahri und Omdurman.

28. März 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 21.03.22 verhängte das Finanzministerium der USA Sanktionen gegen die sudanesische Central Reserve Police (CRP) und fror alle Vermögenswerte der CRP in den USA ein. Das Finanzministerium begründete diesen Schritt damit, dass die CRP exzessive, auch tödliche Gewalt gegen Aktivistinnen und Aktivisten sowie Demonstrierende angewendet habe.

Am 22.03. und 23.03.22 blockierten Demonstrierende durch Barrikaden aus brennenden Reifen und Steinen errichteten Mauern wichtige Straßen der drei größten Städte des Bundesstaates Karthum. Die Organisatoren riefen zuvor zu einer „revolutionären Eskalation“ und dem „Tag der Barrikaden“ auf. In der Folge wurden in den betroffenen Städten der regionale sowie der Reiseverkehr an beiden Tagen nahezu vollständig blockiert.

Am 24.03.22 kam es landesweit zu Demonstrationen gegen die Machtübernahme durch das Militär, wobei durch den Einsatz von scharfer Munition ein Demonstrant von den Sicherheitskräften getötet wurde. Es wurden zudem

mehrere Personen verletzt. Damit wurden bisher seit der Machtübernahme im Oktober 2021 90 Menschen während Demonstrationen durch Sicherheitskräfte getötet.

04. April 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 30.03.22 kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften in der Hauptstadt. Vorausgegangen war die behördliche Aufforderung, an Straßen befindliche Handelsstände zu entfernen. Diese Maßnahme ist Teil einer Kampagne der Militärregierung zur Beseitigung sogenannter negativer Merkmale in der Stadt. Nachdem dies nicht geschah wurden die Stände durch Sicherheitskräfte in der Nacht zum 30.03.22 geplündert und zerstört. Am folgenden Morgen kam es zu Protesten gegen das Vorgehen der Militärregierung, wobei die Sicherheitskräfte Tränengas und Blendgranaten einsetzten.

Bei weiteren landesweiten Demonstrationen am 31.03.22 wurde in Karthum ein Demonstrant von Sicherheitskräften erschossen, mehr als 50 Personen seien durch den Einsatz scharfer Munition verletzt worden. Berichten zufolge setzten Sicherheitskräfte in mehreren Städten Tränengas, Blendgranaten und Knüppel ein, um gegen die Demonstrierenden vorzugehen. In der Stadt El Gedaref seien fünf Aktivisten vom Geheimdienst in einem Krankenhaus verhaftet und ins Gefängnis verbracht worden.

Im Verlauf der Kalenderwoche 13 wurden ca. 30 leitende Mitglieder und Vorstände öffentlicher Universitäten aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen und durch ausgewählte Personen ersetzt. Aus Protest kündigten weitere Professorinnen und Professoren, während andere Universitätsbeschäftigte in einen unbefristeten Streik traten. Ebenfalls in der Kalenderwoche 13 wurden 13 Angestellte des Bildungsministeriums entlassen, da sie Anweisungen der Militärregierung nicht befolgt hätten.

Nachdem der UN-Sondergesandte und Leiter der Mission UNITAMS, Volker Perthes, am 28.03.22 vor dem UNSicherheitsrat die aktuelle Situation des Sudan anprangerte und davor warnte, dass das Land auf einen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kollaps zusteure, wenn eine Rückkehr zu einem zivil geführten Übergang nicht gelinge, drohte der Vorsitzende des Souveränen Rates, General al-Burhan, damit, ihn des Landes zu verweisen. Das sudanesisches Außenministerium warf Perthes vor, in seinem Bericht an den UN Sicherheitsrat mehrere „falsche und übertriebene Informationen“ verarbeitet zu haben. Zudem seien seine Treffen mit politischen Kräften und Vertretern der Widerstandskomitees eine „eklatante Einmischung“ in die Angelegenheiten des Sudan. Perthes verletze damit als UNITAMS-Leiter das Mandat der Mission und solle sich auf die Förderung des Dialogs zwischen den Sudanesen beschränken. In den vergangenen zwei Monaten traf sich Perthes verstärkt mit verschiedenen politischen Akteuren, um einen inner-sudanesischen Dialog zu erleichtern, wobei er sich aber zuvor die Zustimmung der militärischen Führung für diese Agenda eingeholt habe.

Am 03.04.22 trafen sich al-Burhan und Perthes und besprachen die vorliegenden Unstimmigkeiten. Dabei bekräftigte al-Burhan zwar seine Bereitschaft, die Macht an eine gewählte Regierung abzugeben, lehnte dabei jedoch eine Reform des Sicherheitssektors ab, obwohl diese ein fester Bestandteil des unterzeichneten Friedensabkommens von Juba ist.

Sicherheitslage in Darfur

Am 29.03. und 30.03.22 kam es erneut zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den ethnischen Gruppen der arabischen Rizeigat und der nicht-arabischen Fallata in Nyala, im Süden der Region Darfur. Medien berichteten, dass die Kämpfe auf die Tötung eines Offiziers der Rapid Support Forces (RSF) durch Unbekannte zurückgingen. Das Opfer war Angehöriger der ethnischen Gruppe Rizeigat. Durch die mehrere Tage anhaltenden Kämpfen seien zwei Dörfer niedergebrannt und insgesamt mehr als 30 Menschen getötet, mehr als 50 verletzt und mehrere hundert vertrieben worden. Die Spannungen zwischen arabischen und nicht-arabischen Stämmen in Darfur halten weiter an und eskalieren immer wieder, da die gemeinsamen Sicherheitskräfte der Regierung und einiger oppositionellen Akteure immer noch nicht in Gänze aufgestellt sind. Seit dem Abzug der UNAMID-Mission Ende 2020 herrscht damit eine Sicherheitslücke. Der Gouverneur der Region bemüht sich aktuell um eine Vermittlung zwischen den beteiligten Gruppen.

11. April 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 06.04.22, dem dritten Jahrestag des Sturzes von Omar al-Bashir und dem Jahrestag des Volksaufstandes von 1985 gegen den ehemaligen Präsidenten Jafaar Nimeiri, kam es erneut zu landesweiten Demonstrationen gegen die Militärregierung. Gleichzeitig waren dies die ersten Demonstrationen im Fastenmonat Ramadan. Berichten zufolge sperrten Sicherheitskräfte im Vorfeld der angekündigten Demonstrationen mehrere Brücken in Khartum, um dadurch die Demonstrationen zu stören bzw. zu verhindern. Zudem gingen Sicherheitskräfte in mehreren Städten mit Tränengas gegen die Demonstrierenden vor. In Khartum wurde das Hauptquartier der Armee durch Stacheldraht, mehrere gepanzerte Fahrzeuge und Soldaten gesichert. Nach Angaben des Zentral Komitees Sudanesischer Ärzte sei bei den Demonstrationen in der Hauptstadt eine Person durch den Einsatz von scharfer Munition getötet worden. Damit seien seit dem Militärputsch im Oktober 2021 94 Menschen während der Demonstrationen durch Sicherheitskräfte getötet worden. Zudem sei ein Krankenhaus durch Sicherheitskräfte gestürmt worden, wobei auch Tränengas im Inneren des Gebäudes eingesetzt worden sei. Zudem berichteten Medien wiederholt über das Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Medienvertretende, sowie gegen Journalistinnen und Journalisten. Demnach seien allein in den ersten beiden Wochen nach dem Militärputsch im Oktober 2021 mindestens 36 Radiostationen geschlossen worden. In der Zeit von Oktober 2021 bis März 2022 registrierte die Organisation Euro-Mediterranean Human Rights Monitor 55 Übergriffe gegen verschiedene Medien bzw. deren Mitarbeitende.

25. April 2022

Militärputsch 2021: Freilassungen und Inhaftierungen von Demonstrierenden und Oppositionellen

Am 22.04.22 entließen die Sicherheitsbehörden 25 inhaftierte Personen, die zuvor wegen der Teilnahme an Protesten gegen den Militärputsch festgenommen und inhaftiert worden waren. Einer Erklärung sudanesischer Rechtsanwälte zufolge seien jedoch weiterhin hochrangige Mitglieder der vorherigen Übergangsregierung in Haft sowie weitere zahlreiche Personen, die an den Protesten gegen den Militärputsch teilgenommen hatten. Zudem wurde am 21.04.22 eine Führungsperson der oppositionellen National Umma Party festgenommen und an einen unbekanntem Ort verbracht.

Sexuelle Gewalt gegen Protestierende

Nachdem der Sondergesandte der UN, Volker Perthes, am 28.03.22 vor dem UN-Sicherheitsrat 16 Fälle sexueller Gewalt gegen weibliche Demonstrierende, begangen im Dezember 2021 durch sudanesischen Sicherheitskräfte, vortrug und dabei eine Zusammenarbeit mit der zuständigen Stelle im sudanesischen Ministerium für Soziales erwähnt hat, wurde im Nachgang die Leiterin dieser Stelle durch Sicherheitskräfte befragt. Ihren Anwälten zufolge werde nun gegen Sulima Ishaq aufgrund der Weitergabe von Staatsgeheimnissen und wegen Verleumdung der Sicherheitskräfte ermittelt. Ishaq fürchte demnach weitere Schikanen und Anschuldigungen aufgrund ihrer Arbeit, im schlimmsten Falle eine Festnahme und Inhaftierung in Folge der laufenden Ermittlungen. Brisant ist dieser Fall, da sich Opfer sexueller Gewalt traditionell zumeist öffentlicher Schikane und polizeilicher Bestrafung ausgesetzt sehen, wenn sie ihre Erlebnisse publik machen. Da Frau Ishaq jedoch als Beamtin der aktuellen Regierung mehrere Fälle anspricht, entwickle dies, laut einer sudanesischen Denkfabrik, eine wesentlich größere Bedeutung.

Anhaltende Gewalt in den Darfur-Regionen

Bei Kämpfen in der Region Kreinik, in West-Darfur, wurden am 24.04.22 mindestens 168 Menschen getötet und 98 verletzt. Ausgelöst wurde die Gewalt durch die Tötung von zwei Personen durch unbekannte Angreifer am 21.04.22, in der Nähe der Provinzhauptstadt Genena. In der Folge kam es zu Kämpfen arabischer und nicht-arabischer Gruppen, welche bis zum 24.04.22 anhielten. Im Zuge der Kämpfe kam es zu Plünderungen, zu Überfällen auf Krankenhäuser und zu Brandanschlägen auf Häuser. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes machte die Gruppierung der Janjaweed für den Ausbruch der Gewalt verantwortlich. Die Militärregierung entsandte am 23.04.22 militärische Kräfte mitsamt Luftunterstützung, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Abyei Region: Unsichere Lage

In einem Bericht vom 21.04.22 an den UN-Sicherheitsrat wurden Sudan und Südsudan zu einer Erneuerung der Gespräche über den finalen Status der Abyei Region aufgerufen. Demnach sei die Situation insgesamt zwar relativ ruhig, jedoch von einem zunehmenden Misstrauen zwischen den beiden ethnischen Gruppen der Misseriya und der Ngok Dinka geprägt.

Zudem wurden durch mehrere gewaltsame Zusammenstöße in mehreren Orten der Region bis zu 42 Menschen getötet und 27 verletzt. Die Zahlen differieren in den verschiedenen Quellen. Zudem seien knapp 2.000 Stück Vieh gestohlen worden.

Auch die humanitäre Situation verschlechtere sich dem Bericht zufolge. So seien im Oktober 2021 103.000 Menschen auf Hilfe angewiesen gewesen, zum jetzigen Zeitpunkt seien es 240.000 Menschen. Aufgrund der vorherrschenden Probleme sprach sich der Bericht für eine sechsmonatige Verlängerung der UNISFA-Mission über den 15.10.22 hinaus aus.

02. Mai 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 30.04.22 kam es zu erneuten Demonstrationen gegen den Militärputsch. In Karthum blockierten Demonstrierende eine wichtige Straßenkreuzung und bereiteten vor Ort Nahrungsmittel für das Fastenbrechen am Abend des Tages vor. Sicherheitskräfte gingen jedoch noch vor Sonnenuntergang unter Einsatz von Tränengas gegen die Demonstration vor und zerschlugen die Versammlung. Weiteren Berichten zufolge kam es auch in den Städten Madani, Kosti und El Obeid zu Demonstrationen, wobei die Demonstrierenden den Todesopfern der Demonstrationen gedachten, die im April 2019 zum Sturz des ehemaligen Präsidenten Omar al-Bashir führten.

Willkürliche Verhaftungen

Berichten zufolge wurden der ehemalige Minister für Kabinettsangelegenheiten, Khalid Omar sowie das ehemalige Mitglied des Souveränen Rates, Mohammed al-Faki Suliman, am 27.04.22 aus der Haft entlassen.

Beide wurden im Zuge des Militärputsches im Oktober 2021 zum ersten Mal inhaftiert, jedoch im Rahmen eines Abkommens zwischen der militärischen Führung und dem damals wieder eingesetzten Premierminister Hamdok wieder freigelassen. Einen Monat nachdem Hamdok im Januar 2022 zurücktrat, wurden sie im Rahmen der anhaltenden Proteste erneut festgenommen und inhaftiert. Angaben ihrer Rechtsanwälte zufolge sei die aktuelle Freilassung ein Versuch der militärischen Führung, Vertrauen zurück zu gewinnen und einen Weg aus der politischen Sackgasse zu finden, in der sich das Land befindet.

Auch wenn immer wieder Gefangene freigelassen werden, geht die Militärregierung trotzdem weiter gegen Demonstrierende und Oppositionelle vor. So berichteten Widerstandskomitees, dass sechs inhaftierte Mitglieder in das El Hoda Gefängnis überführt wurden, ohne dass Beweise gegen sie vorgelegen hätten. Zudem verweigere man ihnen ein Treffen mit ihren Rechtsanwälten.

In einer Stellungnahme vom 28.04.22 prangerte Human Rights Watch (HRW) das Vorgehen der Sicherheitskräfte an. Es gebe unrechtmäßige Verhaftungen, Verschwindenlassen von Personen, Misshandlungen inhaftierter Personen, einen gezielten Einsatz von Gewalt sowie die Instrumentalisierung von sexueller Gewalt. HRW forderte die Behörden auf, dieses Vorgehen umgehend einzustellen und alle zu Unrecht inhaftierten Personen frei zu lassen. Zudem solle der am 26.12.2021 ausgerufen – und seitdem geltende – Notstand widerrufen werden.

Anhaltende Gewalt in den Darfur-Regionen

Die Kämpfe in und um die Stadt Kreinik hielten bis zum 26.04.22 an und weiteten sich auch auf die regionale Hauptstadt Geneina aus (vgl. BN v. 25.04.22). Berichten zufolge lösten die anhaltenden Kämpfe die Flucht zehntausender Menschen aus und forderten vermutlich mehr als 200 Todesopfer. Unklar bleiben die genauen Umstände bezüglich einer Beteiligung der Gruppierung der Janjaweed, die zum Großteil in den Rapid Support Forces (RSF) aufging. Demnach griffen Sicherheitskräfte der Regierung in die Kämpfe nicht ein, da einerseits Mitglieder der RSF – teilweise vormalige Janjaweed – Teil der Angriffe auf Kreinik gewesen seien, andererseits hätten Polizeikräfte noch vor den Angriffen ihre Posten verlassen, um einem Kampf zu entgehen.

Einig sind sich die meisten Berichte darüber, dass ein Streit zwischen einer nomadischen Volksgruppe und ansässigen Landwirten, der ethnischen Gruppe Massalit zugehörig, um Wasser und Weideland als Ursache für die

Kämpfe gilt. Demnach seien zwei arabisch-stämmige Nomaden im Streit getötet worden, was zu Vergeltungsaktionen geführt habe, die schließlich in weitreichende Kämpfe eskalierten.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen berichtete zudem von Angriffen und Plünderungen auf jeweils ein Krankenhaus in Kreinik und in El Geneina. Bei beiden Angriffen seien Mitarbeitende der Organisation sowie weiteres medizinisches Personal getötet und verletzt worden. Aufgrund der unsicheren Lage hat die Organisation vorerst alle Aktivitäten in der Region eingestellt und wartet die weiteren Entwicklungen ab.

Noch am 27.04.22 blieben nahezu alle Geschäfte, Behörden, medizinische Einrichtungen und Marktplätze in den Regionen um Kereinik und El Geneina geschlossen. Zudem wurde ein aufgrund der Kämpfe verlassenes Lager für Binnenflüchtlinge nahe der Stadt El Geneina von Ortsansässigen geplündert, ohne dass regionale Sicherheitskräfte einschritten. Seit dem 28.04.22 wird vereinzelt von erneuten Kämpfen in der Region berichtet. Die genaue Lage bleibt unübersichtlich.

Die Organisation Darfur Lawyers Association sieht im Militärputsch von Oktober 2021 einen treibenden Faktor für die erhöhten Aktivitäten arabisch-stämmiger Gruppierungen. Demnach seien arabische Milizen schon lange mit General Hemeti, dem Anführer der RSF und zweitmächtigsten Mann nach General al-Burhan, verbündet. Sie würden nun eine Chance sehen, ihren Machtbereich zu erweitern und Land zu erobern.

09. Mai 2022

Anhaltende Demonstrationen

Berichten oppositioneller Aktivistinnen und Aktivisten zufolge, befinden sich seit dem 03.05.22 mehrere Personen im Soba Gefängnis im Hungerstreik. Dabei handele es sich um politische Häftlinge, die durch den Hungerstreik 10 entweder eine Freilassung oder ein faires Gerichtsverfahren erzwingen wollen. Sie werden durch mehrere Organisationen unterstützt, die selbst wiederum zur Unterstützung durch die Gesellschaft aufrufen.

Die in einer Vielzahl von regionalen Widerstandskomitees organisierte Gegenseite der Machtübernahme durch das Militär rief für den 05.05.22 zu einem Marsch auf den Republikanischen bzw. Präsidentenpalast in Khartum auf. An der Organisation maßgeblich beteiligt waren die Komitees der Stadt Khartum, des Großraums Omdurman, der Stadt Bahri, sowie zwei weitere lokale Komitees. In einer Stellungnahme vom 04.05.22 bekräftigten die Widerstandskomitees ihre Haltung, keine Verhandlungen, keine Partnerschaft und keine Legitimation mit der Militärregierung einzugehen bzw. diese zu gewähren. Zugleich erging ein landesweiter Aufruf zu „stürmischen Prozessionen“, um den Militärputsch vom 25.10.21 zu beenden. Der in Khartum geplante Demonstrationzug wurde noch auf dem Weg zum Palast von Sicherheitskräften aufgehalten. Dabei kam ein Demonstrant ums Leben, als er von einem Fahrzeug der Sicherheitskräfte erfasst wurde. Zudem seien insgesamt 24 Personen verletzt worden. Berichten zufolge seien die Sicherheitskräfte bei allen stattgefundenen Demonstrationen mit Gewalt vorgegangen. In Omdurman sei es sogar zum Einsatz von scharfer Munition gekommen.

Sicherheitslage in Darfur

Durch die jüngsten Gewaltausbrüche in West-Darfur (vgl. BN v. 02.05.22 u. 25.04.22) wurden nach Angaben vom Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zwischen 85.000 und 115.000 Menschen vertrieben. Insgesamt seien mindestens 16 Dörfer angegriffen, zumindest 200 Menschen getötet und mehr als 130 verletzt worden. Zudem gebe es mindestens drei Berichte über Vergewaltigungen während der Kampfhandlungen. Aktuell mangle es laut OCHA insbesondere an Wasser, Lebensmitteln, Unterkünften, Medikamenten und allgemeiner gesundheitlicher Versorgung. Obwohl die vergangenen Tage ruhig gewesen seien, werden alle Waren- und Personentransporte in der Region durch das Militär eskortiert.

16. Mai 2022

Charta für die Errichtung der Volksautorität unterzeichnet

Am 11.05.22 verabschiedeten 15 Widerstandskomitees im Bundesstaat Khartum, die die Proteste gegen den Militärputsch vom 25.10.21 anführen, die Charta für die Errichtung der Volksautorität. Diese sieht die Beendigung der Militärherrschaft vor und legt die wichtigsten Strukturen einer zweijährigen Übergangszeit fest. Ebenso sieht die Charta die Aufhebung des Verfassungsdokuments von 2019 vor, wonach die Übergangsregierung aus militärischen und zivilen Komponenten besteht. Auch die Notwendigkeit einer Reform des Sicherheits- und Militärsektors wird betont. An einem in der 19. KW stattgefundenen Treffen, das von der Afrikanischen Union, der

Intergovernmental Authority on Development (IGAD) und der United Nations Integrated Transition Assistance Mission Sudan initiiert wurde, um eine Plattform für alle politischen Akteure zu bieten, weigerten sich die Widerstandskomitees teilzunehmen. Da daran auch die politische Führung teilnahm, befürchteten sie, den Putsch dadurch zu legitimieren. Dahingegen nahmen andere oppositionelle Parteien und Akteure, wie beispielsweise die Forces for Freedom and Change - National Accord Group (FFC-NA) an diesem Treffen teil. Nach Aussage der Organisatoren sollten Themen wie die Mitgliedschaft im nationalen Souveränitätsrat, im Legislativrat, Belange der Justiz, ein neues Regierungsprogramm sowie die Ursachen und Wirkungen der politischen und wirtschaftlichen Krise erörtert werden.

Anhaltende Demonstrationen

Am 12.05.22 demonstrierten in Khartum bei der ersten großen Demonstration seit dem Ende des Fastenmonats Ramadan Tausende gegen die sudanesishe Militärregierung. Sicherheitskräfte feuerten Tränengas und Blendgranaten auf die Demonstrierenden. Zeitweise wurden einige Läden in der Stadt geschlossen und Teile des Stadtzentrums evakuiert. Auch in anderen Städten gab es Demonstrationen, wobei aus Port Sudan der Einsatz scharfer Munition gemeldet wurde. Im gesamten Land kam es im Zuge der Demonstrationen zu mehreren Verletzten.

UNISFA-Mandat verlängert

Der UN-Sicherheitsrat (UNSC) verlängerte am 12.05.22 das Mandat der United Nations Interim Security Force for Abyei (UNISFA), einer im Jahr 2011 eingerichteten Friedensmission für die zwischen Sudan und Südsudan umstrittene Region Abyei, bis zum 15.11.22. Der UNSC forderte die sudanesishe und südsudanesishe Regierung auf, die UNISFA bei der Umsetzung ihres Mandats zu unterstützen, und bekräftigte, dass Abyei von allen Streitkräften und bewaffneten gesellschaftlichen Gruppierungen mit Ausnahme der UNISFA und des Abyei Police Service entmilitarisiert werden soll.

23. Mai 2022

Anhaltende Demonstrationen

Am 19.05.22 riefen die Widerstandskomitees von Wad Madani erneut zu Protesten auf, die nach Aussagen von Protestierenden gewaltsam von Sicherheitskräften aufgelöst worden seien. Bei Protesten in der Region Abu Nama, im Bundesstaat Sennar, wurden am 18.05.22 drei Menschen von Sicherheitskräften erschossen und fünf weitere verletzt. Auslöser für die Proteste war in diesem Fall nicht der Widerstand gegen den Putsch durch das Militär, sondern das Aufbegehren der in der Region ansässigen Bevölkerung gegen das Vorgehen eines in der Landwirtschaft tätigen Unternehmens. Am 21.05.22 wurde während Protesten in Omdurman ein Demonstrant von Sicherheitskräften erschossen.

Vermehrte Festnahmen von Aktivistinnen und Aktivisten

Am 12.05. und 16.05.22 kam es zu zahlreichen Festnahmen von Aktivistinnen und Aktivisten durch Sicherheitsbehörden. Allein am 12.05.22 wurden nach Angaben der Organisation Sudan Emergency Lawyers bei Demonstrationen 40 Personen verhaftet. Entgegen einer getroffenen Vereinbarung, die Betroffenen gegen Kautions wieder freizulassen, seien sie in das Soba-Gefängnis verlegt worden. Aus dem Bundesstaat White Nile berichteten Widerstandskomitees über mindestens eine Festnahme am 16.05.22, in El Gezira seien acht Personen festgenommen und später gegen Zahlung einer Kautions wieder freigelassen worden.

30. Mai 2022

Aufhebung des Ausnahmezustandes

Am 29.05.22 erließ der Militärführer General Abdel Fattah al-Burhan laut dem Souveränen Übergangsrat ein Dekret zur Aufhebung des Ausnahmezustands, der nach dem Putsch am 25.10.21 verhängt worden war. Die Entscheidung fiel nach einem Treffen mit hochrangigen Militärangehörigen, die die Aufhebung des Ausnahmezustands sowie die Freilassung von Personen, die aufgrund eines Notstandsgesetzes inhaftiert waren, als Basis für einen Dialog empfahlen.

Proteste

Bei Protesten in Khartum am 26.05.22, an denen Tausende teilnahmen und erneut eine zivile Regierung forderten, wurden dem Sudanese Journalists Network zufolge zwei Medienschaffende verletzt, als Sicherheitskräfte Tränengas einsetzten, um die Demonstrierenden auseinanderzutreiben. Dutzende Demonstrierende wurden zudem durch scharfe Munition, Schrotflinten und Blendgranaten verletzt, sowie von Fahrzeugen der Sicherheitskräfte angefahren.

Am 28.05.22 wurden bei Demonstrationen im Vorort Al-Kalakla südlich von Khartum zwei Demonstrierende von Sicherheitskräften durch scharfe Munition bzw. durch die Erstickung an Tränengas getötet.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de